

Vortrag an den Ministerrat

Sicherung und Stärkung des Medienstandortes Österreich – die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im fairen Wettbewerb

Der Österreichische Rundfunk (ORF) als größtes Medienunternehmen des Landes ist auf Grund seines gesetzlichen Auftrags der objektiven und vielfältigen Information sowie einem breiten Programmangebot auf allen technischen Verbreitungswegen verpflichtet. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Teil des dualen Systems hat auf Grund seiner Finanzierungsstruktur einerseits Verantwortung gegenüber dem privaten Marktumfeld, und andererseits die Verpflichtung programmliche und technologische Innovationen - im Interesse des österreichischen Publikums anzubieten. Die Entwicklungen der Medienmärkte, insbesondere der digitalen Geschäftsfelder, haben in den letzten Jahren eine rasante Steigerung gezeigt. Die Rahmenbedingungen des ORF wurden diesbezüglich zuletzt vor 11 Jahren angepasst und bedürfen auf Grund des raschen Wandels einer neuerlichen Anpassung. Ziel muss es sein, den ORF sowohl im nationalen als auch im internationalen Wettbewerb als konkurrenzfähiges Medienangebot zu positionieren und seine unabhängige Finanzierung weiterhin sicher zu stellen. Mit der Digitalisierung einhergehend unterliegt auch das Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer – vor allem der jüngeren Zielgruppe – einem unübersehbaren Wandel. Der ORF muss künftig in die Lage versetzt werden, auf dieses geänderte Nutzerinnen- und Nutzerverhalten mit zeitgemäßen, qualitativen linearen und non-linearen öffentlich-rechtlichen Angeboten eingehen zu können.

Wie bereits im Regierungsprogramm 2020-2024 „Aus Verantwortung für Österreich“ dargestellt, ist vor allem die Anpassung des öffentlich-rechtlichen Auftrags an das digitale Zeitalter unter Berücksichtigung der europarechtlichen Rahmenbedingungen notwendig. Im Wettbewerb mit international agierenden Plattformen wird es immer herausfordernder und notwendiger, die kreative Leistung österreichischer Produzentinnen und Produzenten sowie den Public Value, also den gesellschaftlichen Mehrwert des

öffentlich-rechtlichen Programms, in seiner Vielfalt zu erhalten und zu fördern, eigenständige Inhalte zu produzieren und Programminnovationen zu ermöglichen.

Um die Rahmenbedingungen zur Bewältigung dieser Herausforderungen entsprechend zu gestalten, ist eine Novelle des ORF-Gesetzes geboten. Dabei muss jedoch sichergestellt werden, dass sich das öffentlich-rechtliche Programmangebot im Onlinebereich von jenem der privaten Medienunternehmen —unterscheidet. Dazu sollen Maßnahmen normiert werden, die sicherstellen, dass der heimische Wettbewerb durch die neu geschaffenen Möglichkeiten des ORF im Online-Bereich nicht unverhältnismäßig verzerrt und europarechtlichen Normen entsprochen wird. Unter dieser Maßgabe ist sicherzustellen, dass die meistgenutzte Nachrichtenwebsite Österreichs, orf.at, erhalten und weiterentwickelt werden kann.

Um den ORF fit und konkurrenzfähig für die Zukunft zu machen, muss neben dem öffentlich-rechtlichen Auftrag daher auch der besondere Auftrag für das Online Angebot des ORF angepasst werden. Beispielhaft zählen dazu die Bereitstellungsfrist von Inhalten, die eigenständige Gestaltung von Apps sowie die Präsenz auf digitalen Dritt-Plattformen. Darüber hinaus ist die Schaffung einer digitalen Präsenz, die im Angebot das derzeitige Angebot übersteigt, insofern zu ermöglichen, als der ORF im Wettbewerb mit großen, nicht-linearen Anbietern von audiovisuellen Inhalten konkurrenzfähig werden muss. Die im Regierungsprogramm verankerte Schaffung eines gemeinsamen „ORF-Players“ in Kooperation zwischen ORF und privaten Anbietern, bleibt ein wichtiges medienpolitisches Vorhaben und kann die Grundlage für weitere Kooperationen im Interesse einer zukunftsfähigen österreichischen Medienlandschaft bilden.

Gleichzeitig ist mit diesen Öffnungsschritten auch die Finanzierung des ORF zu überarbeiten, die jedenfalls eine Neuordnung der kommerziellen Kommunikation vorsieht, um auch den gebotenen europarechtlichen Vorgaben zu entsprechen. Überdies muss bei einer erhöhten Nutzung des Onlineangebots eine Beteiligung am Digitalisierungsfonds durch kommerzielle Erlöse sichergestellt werden. Zur Umsetzung des digitalen Transformationsprozesses des ORF wird die notwendige Finanzierung gesetzlich sichergestellt werden und an strukturelle Parameter geknüpft sein. Bei der zukünftigen Finanzierung des ORF muss stets die Unabhängigkeit und die Nachhaltigkeit sichergestellt sein.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen, den Bundeskanzler mit der Erarbeitung der erforderlichen legislativen Änderungen bis Ende des Jahres 2021 beauftragen und die Bundesministerien dazu anhalten das Bundeskanzleramt bei der Sicherung und Stärkung des Medienstandortes Österreich zu unterstützen.

29. September 2021

Sebastian Kurz
Bundeskanzler